



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 28. MÄRZ 2019



ANTRAG **LANDESMINDESTLOHN SOLL AUF 11,13 EURO STEIGEN**

Für die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, steht fest: „Wer vollzeit arbeitet, muss von seinem oder ihrem Lohn auch leben können!“ Die Bürgerschaft hat daher auf Initiative der SPD-Fraktion heute in erster Lesung beschlossen, dass der Landesmindestlohn auf 11,13 Euro steigen soll.

Denn in der Praxis sei es eben oft nicht so, dass der Mindestlohn reicht, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, erklärte Böschen. „Eigentlich ist es die Aufgabe der Tarifvertragsparteien, für entsprechende Löhne zu sorgen“, so die Sozialdemokratin weiter. „Wir müssen aber feststellen, dass die Tarifbindung immer weiter abnimmt und nur noch in einem Viertel der Betriebe gilt. Dadurch hat sich die Situation für viele Beschäftigte verändert – und darauf müssen wir reagieren.“

2012 habe Bremen darauf reagiert und den Landesmindestlohn eingeführt, rief Böschen in Erinnerung. „Und entgegen aller Befürchtungen hat sich der Mindestlohn bewährt und ist überall anerkannt. Natürlich ist die Wirkung eines Mindestlohns auf Landesebene begrenzt. Aber wir wollten vorangehen und Vorbild sein für andere Länder und den Bund. Und damit hatten

wir Erfolg, denn seit 2015 gibt es einen Mindestlohn bundesweit.“

Die Bremer Lohnuntergrenze ist derzeit an diesen Wert gekoppelt und beträgt 9,19 Euro pro Stunde. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass dieser Betrag zu einem Leben ohne staatliche Unterstützung nicht reicht“, sagte Böschen. Dies ändere sich auch nicht nach der geplanten Erhöhung auf 9,35 Euro pro Stunde im Jahr 2020. „Unser Ziel von 12 Euro Mindestlohn pro Stunde wird auf absehbare Zeit nicht erreicht. Deswegen reagieren wir in Bremen und erhöhen den Landesmindestlohn.“



Sybille Böschen

In einem ersten Schritt seien auch hier 12 Euro nicht zu erreichen gewesen, allerdings sei nun die Anbindung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes der Länder erfolgt. Dies sei ein Erfolg und die richtige Entscheidung, betonte Böschen.

„Wir gehen davon aus, dass wir mit dieser Entscheidung wieder zum Vorreiter werden. Und wir gehen davon aus, dass uns andere Länder und auch der Bund folgen werden“, so Böschen abschließend. „Denn der Landesmindestlohn kann nur eine begrenzte Wirkung entfalten. Unser Ziel ist jedoch klar. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland einen Lohn erhalten, der auch wirklich zum Leben reicht.“

> Antrag: Viertes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes
http://tiny.cc/mindestlohn_hb

DEBATTE **GLEICHSTELLUNG: ES BLEIBT NOCH VIEL ZU TUN!**

Die Bürgerschaft hat heute in einer ausführlichen und grundsätzlichen Debatte über das Thema Gleichstellung diskutiert. Anlass waren unter anderem Berichte der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) sowie zu den Themen häusliche Beziehungsgewalt und Gender Mainstreaming. Zudem beschloss das Parlament einen Antrag, der den besseren Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zum Ziel hat, sowie einen Antrag, der die Erwartung formuliert, dass männliche Repräsentanten Bremens und bremischer Gesellschaften nicht mehr am Eiswettfest teilnehmen, solange Frauen als Repräsentantinnen Bremens dort ausgeschlossen sind.

„Die Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft ist noch längst nicht erreicht“, sagte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen. Dies zeige auch der ZGF-Bericht, der heute einer der Gegenstände der Bürgerschaftsdebatte war. Es gebe Erfolge, es bleibe aber noch viel zu tun, bilanzierte die Sozialdemokratin, die die Gelegenheit nutze, die Arbeit der ZGF ausdrücklich zu loben und darauf aufmerksam zu machen, dass sie immer wieder neue Herausforderungen zu bewältigen habe. Böschen: „Für mich ist völlig klar: Wir müssen in den kommenden Haushaltsberatungen sicherstellen, dass die ZGF ihre wertvolle Arbeit fortsetzen kann.“

Die Sozialdemokratin sah auf Basis des Berichtes der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“ auch in diesem Bereich Verbesserungen – aber auch weiteren Handlungsbedarf. Dazu beitragen soll auch ein Antrag, den die rot-grüne Koalition gemeinsam mit der FDP heute in die Bürgerschaft eingebracht hatte. Dieser fordert die konsequente



Petra Jäschke

Umsetzung der Istanbul-Konvention, die alle staatlichen Ebenen in Deutschland dazu verpflichtet, Gewalt gegen Frauen und Beziehungsgewalt effektiv zu bekämpfen. Dazu

soll der Senat nun unter anderem einen Landesaktionsplan entwickeln und umsetzen

und die Einrichtung einer unabhängigen Koordinierungs- und Monitoringstelle prüfen.

Die SPD-Abgeordnete Petra Jäschke betonte in der Debatte ebenfalls, dass es noch viel zu tun gebe, ehe die Gleichstellung von Männern und Frauen erreicht sei. „Trotz vielfältiger formaler Anerkennung und zahlreicher Fortschritte ist die Gleichstellung von Frauen und Männern im Alltag immer noch nicht Realität. Frauen und Männer genießen in der Praxis nicht dieselben Rechte“, sagte sie. „Gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheiten bestehen weiterhin, etwa bei Löhnen und Gehältern sowie bei der politischen Vertretung, bei der Frauen unterrepräsentiert sind.“

Für Jäschke steht fest: „Es existieren nach wie vor viele Felder, in denen Handlungsbedarf besteht, in denen neue Ansätze und strukturelle Veränderungen eingeführt werden müssen.“ Die Sozialdemokratin wies aber zugleich den Vorwurf der FDP zurück, der Senat verfolge keine übergeordnete Strategie. Dazu verwies sie auf eine Vielzahl von Maßnahmen, Beschlüssen und Regelungen, aber zum Beispiel auch darauf, dass der strukturellen Benachteiligung von Frauen, insbesondere von Alleinerziehenden, dadurch begegnet werde, dass die Kinderbetreuung ausgebaut werde.

> **Die beschlossenen Anträge:**
<http://tiny.cc/istanbul-konvention>
http://tiny.cc/eiswette_frauen

FRAGESTUNDE **ÜBERPRÜFUNG AUCH IN BREMERHAVEN?**

Auch heute Vormittag war die Gleichstellung ein Thema in der Bürgerschaft. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, wollte in der Fragestunde wissen, wie der genaue Auftrag zur Evaluation des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) lautet und welche Geltungsbereiche des Gesetzes dabei untersucht werden sollen und welche nicht.

Für den Senat antwortete Finanzstaatsrat Henning Lühr, dass Zielsetzung und Auftrag der Evaluation in einem Kooperationsvertrag formuliert seien.

Basierend auf einer Untersuchung durch die Hochschule Bremen wolle man konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit des LGG finden. Gegenstand dieser Untersuchung seien acht von zehn senatorische Dienststellen; aufgrund einer zu niedrigen Zahl an Beschäftigten seien die Stellen des Senators für Kultur sowie des Senators für Justiz und Verfassung nicht mit einbezogen worden. Man habe die acht senatorischen Dienststellen ausgewählt, um möglichst schnell zu Ergebnissen und Empfehlungen zu kommen. „Weil sie in Umsetzungsfragen für

zugeordnete Dienststellen eine orientierende oder richtungweisende Funktion einnehmen“, so Lühr, „hat man sich auf die genannten senatorischen Dienststellen konzentriert“.

Böschchen fragte nach, inwiefern Bremerhaven in die Evaluation einbezogen werden soll, da es sich ja um ein Gleichstellungsgesetz auf Landesebene handele. Lühr erklärte, er gehe davon aus, dass die Seestadt, auch als Ergebnis der heutigen Frage und Diskussion, einbezogen werde.

FRAKTION WÄHLT MUSTAFA GÜNGÖR ZUM STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN



Nachdem die bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Antje Grotheer gestern zur Bürgerschaftspräsidentin gewählt wurde, haben die SPD-Abgeordneten heute in ihrer Fraktionssitzung die dadurch vakante Position im Fraktionsvorstand nachbesetzt.

Für das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden kandidierten Mustafa Güngör und Klaus Möhle. Für Klaus Möhle votierten 13 der insgesamt 28 anwe-

senden Abgeordneten. Mustafa Güngör konnte die Wahl mit 15 Stimmen für sich entscheiden. Damit übernimmt erstmals ein Abgeordneter mit Migrationshintergrund diese Funktion in der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Der geschäftsführende Vorstand der SPD-Fraktion ist somit mit dem Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe sowie seinen beiden StellvertreterInnen Sybille Böschchen und Mustafa Güngör wieder komplett.

DEBATTE STRATEGIEN GEGEN ÜBERGEWICHT, ADIPOSITAS UND DIABETES

„Es geht um die Gesundheit unserer Gesellschaft und insbesondere um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“, erklärte der SPD-Gesundheitspolitiker Ali Seyrek heute in der Bürgerschaft. „Weltweit hat sich in den vergangenen Jahrzehnten der Anteil übergewichtiger und fettleibiger Kinder vervielfacht. Es ist unsere Verantwortung als Politik, dieser Entwicklung mit wirksamen Maßnahmen entgegenzuwirken.“

Dabei müsse man insbesondere Kinder und Jugendliche in den Fokus nehmen, so Seyrek. Denn diese seien besonders anfällig für eine zuckerhaltige Fehlernährung. „Gerade im Kindesalter, wenn der Körper wegen des Wachstums besonders viel Energie braucht, hat der Mensch einen ausgeprägten Appetit auf Süßes.“



Ali Seyrek

Daher leiden insbesondere Kinder lebenslang unter den negativen Folgen eines dauerhaft überhöhten Zuckerkonsums. Aus übergewichtigen Kindern werden zu oft auch übergewichtige Erwachsene,

mit gesundheitlichen Folgeschäden wie Stoffwechsel- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie psychosozialen Problemen wie niedrigem Selbstwertgefühl, Depressionen, erhöhter Gefahr zur Entwicklung einer Essstörung und sozialer Isolation“, erklärte Seyrek.

Um einer Entwicklung zu Übergewicht und Fettleibigkeit sowie deren Folgeerkrankungen entgegenzuwirken seien Aufklärung und Beratung zu Ernährung und Bewegung zentral. Beides müsse schon frühzeitig in Kitas und Schulen ansetzen. Und tatsächlich sei in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren bereits viel erreicht worden, so der Gesundheitspolitiker: „Seit 2012 sind in den Kindertageseinrichtungen Konzepte zum Thema gesunde Ernährung entwickelt worden. Seit dem Schuljahr 2018/19 werden im Rahmen des Projekts ‚Health Literacy‘ gezielt Gesundheitsfachkräfte an 12 Grundschulen eingesetzt. Und für mehr gesundes und nachhaltiges Essen bei der Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen bietet eine Vernetzungsstelle regelmässig Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen an.“

Aufklärung und Verbesserung der Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen reichten aber nicht aus, um eine

nachhaltige Verbesserung in unserer Gesellschaft zu erzielen. „Wir brauchen ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung ernährungsbedingter Ursachen von Krankheiten auf nationaler Ebene“, erklärte Seyrek. Dazu gehörten auch Maßnahmen, die die Lebensmittelindustrie in die Verantwortung nehmen, Verbraucherinnen und Verbrauchern eine gesunde Ernährung leichter und auch möglichst kostengünstiger zu ermöglichen. „Dazu gehören ein Verbot von an Kinder gerichteter Werbung für ungesunde zuckerreiche Produkte wie Softdrinks, Süßigkeiten und Snackwaren, eine für Laien und auch Kindern verständliche Nährwertkennzeichnung, etwa in Form einer Ampel, und natürlich Maßnahmen, die verbindlich und gegebenenfalls gesetzlich verpflichtend, zu einer Reduktion des Zucker-, Salz- und Fettgehaltes in Lebensmitteln führen“, bekräftigte der Sozialdemokrat.

Es sei angesichts der hohen und weiterhin steigenden Zahl von ernährungsbedingten Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen, insbesondere aus Familien mit niedrigerem Einkommen und Bildungsstand, zwingend, dass endlich wirksamere Maßnahmen gegen diese Entwicklung ergriffen werden, erklärte Seyrek und schloss: „Das sind wir unseren Kindern schuldig!“